

CHINA aktuell

Hongkong beschränkt. Doch die nicht handelbaren Staatsaktien wären nur attraktiv, falls sie mit einem Abschlag zu den derzeit sehr hohen Aktienkursen im A-Segment angeboten würden. (AWSJ, 30.8.02)

GROSSANLEGER DÜRFEN KÜNFTIG AKTIENPAKETE AM B-MARKT HANDELN

China hat die Gesetze für ausländische institutionelle Anleger im B-Segment dahingehend geändert, dass die Großanleger ihre Aktienpakete künftig handeln dürfen. Bislang konnten sie nur Dividenden abschöpfen. Auch künftig gelten strenge Auflagen. So müssen die Aktien mindestens zwölf Monate gehalten werden und das gezeichnete Unternehmen muss länger als zwei Jahre Gewinne ausweisen, bevor die B-Aktien-Pakete gehandelt werden dürfen. (FAZ, 22.8.02)

WERTPAPIERHÄUSERN DROHT SCHLIESSUNGSWELLE

Die Börsenaufsicht hat erstmals ein Wertpapierhaus wegen schweren Unregelmäßigkeiten geschlossen. Das Brokerhaus Anshan Securities wird von der Zentralbank liquidiert, gab die CSRC bekannt. Legale Verpflichtungen würden bedient.

In China sind derzeit über 100 Wertpapierhäuser im Wertpapierhandel und bei der Begleitung von Börsengängen aktiv. Bis auf das im August 2002 gegründete Unternehmen Minsheng Securities sind alle im Staatsbesitz und melden ihre Ergebnisse der CSRC. Im vergangenen Jahr fielen die Gewinne um 70% auf 6,5 Mrd. Yuan. Für die ersten fünf Monate des Jahres meldeten 90% der Wertpapierfirmen Verluste. Im selben Zeitraum sank das Volumen von Initial Public Offerings (IPO) um 54%, und das Handelsvolumen ging stark zurück. Eine Konsolidierung der Branche steht bevor, ebenso wie vermutlich weitere Firmenschließungen durch die Aufsichtsbehörden. (FT, 1.8.02; SCMP, 20.8.02; ST, 13.8.02) -bö-

SVR Hongkong

33 Direktor des chinesischen Verbindungsbüros in Hongkong nach Beijing abberufen

Jiang Enzhu, der Direktor des Verbindungsbüros der chinesischen Regierung in Hongkong, ist aus der Sonderverwaltungsregion abgezogen worden. Jiang, der das Amt des höchsten Vertreters Chinas in Hongkong fünf Jahre lang bekleidet hat, ist gemäß einer Entscheidung des Staatsrats für das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für internationale Belange des Nationalen Volkskongresses in Beijing vorgesehen.

Nachfolger ist Jiang Enzhus bisheriger Stellvertreter Gao Siren, der am 21. August vom Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa offiziell begrüßt wurde. Tung würdigte die Leistungen des 64-jährigen Jiang Enzhu während der vergangenen Jahre mit den Worten: „The Liaison Office has made every effort to promote exchanges and contacts between the mainland and Hong Kong, and has enhanced Hong Kong people's understanding of our country, helping us affirm our new identity with the reunification.“

Die volksrepublikanischen Medien waren bemüht, die Neubesetzung des Amtes als „normale“ personalpolitische Entscheidung darzustellen. Angesichts der Tatsache, dass Jiang Enzhu im Dezember dieses Jahres das Ruhestandsalter von 65 Jahren erreichen wird, dürfte diese Darstellung im Wesentlichen zutreffend sein, auch entspricht die Zuweisung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzes im NVK durchaus üblichen Gepflogenheiten.

Zahlen, die im Rahmen der offiziellen chinesischen Pressemeldungen zur Würdigung der großen Verdienste Jiang Enzhus bei der Leitung des Verbindungsbüros seit 1997 genannt wurden, geben einen aufschlussreichen Eindruck von der Intensität des offiziellen Besucherverkehrs zwischen dem Festland und Hongkong. So organisierte das Verbindungsbüro während der vergangenen fünf Jahren unter anderem Reisen von mehr als 4.000 De-

legationen und Besuchergruppen mit insgesamt rund 170.000 Mitgliedern aus Hongkong auf das Festland sowie von mehr als 2.500 Delegationen mit rund 50.000 Mitgliedern vom Festland in die Sonderverwaltungsregion. (XNA, 22.8.02; Zhongguo Xinwen She, 21.8.02, nach BBC PF, 22.8.02; Radio Television Hong Kong, Radio 3, 21.8.02, nach BBC PF, 21.8.02; DGB, 30.8.02, nach BBC PF, 31.8.02) -hol-

34 Falungong-Demonstranten zu Geldstrafen verurteilt

Mitte August ist in Hongkong ein international beachtetes Urteil zum Fall von 16 Falungong-Anhängern ergangen, die im März dieses Jahres während einer Demonstration wegen Störung der öffentlichen Ordnung festgenommen worden waren (C.a, 2002/3, Ü 31).

Das Gericht verurteilte die 16 Personen, darunter elf Einwohner der Sonderverwaltungsregion, vier Schweizer und einen Neuseeländer, zu Geldbußen zwischen 1.300 und 3.800 HKD (ca. 170-500 Euro). Ihnen allen wurde zur Last gelegt, durch ihre Protestaktion vor dem Gebäude des Verbindungsbüros der chinesischen Regierung in Hongkong am 14. März die öffentliche Ordnung beeinträchtigt zu haben, neun von ihnen wurden außerdem beschuldigt, die Polizei behindert, und schließlich drei, die Polizei angegriffen zu haben. Angesichts einer möglichen Maximalstrafe von zwei Jahren erscheinen die Strafmaße moderat. Aufsehen erregte allerdings die Tatsache, dass hiermit erstmals in der Geschichte der Sonderverwaltungsregion ein Gerichtsurteil gegen Falungong-Anhänger erging.

Richter Symon Wong erklärte, dass das Demonstrationsrecht der Hongkonger Bürger sicherlich durch das Gesetz geschützt würde, es sich dabei aber nicht um „absolute Rechte“ handle, da es die Demonstranten nicht davon entbinde, sich gesetzestreu zu verhalten. Für die Angeklagten war die Urteilsbegründung moralisch insofern besonders demütigend, als der Richter die Falungong-Anhänger als „ausweichend“, „unwahrhaftig“ und „infantil“ charakterisierte, während er das Verhalten der beteiligten Polizisten mit den Worten rechtfertigte: „Sie verhiel-

ten sich insgesamt wahrhaftig, barmherzig und nachsichtig.“ Damit machte er eine rhetorische Anleihe bei jenen drei Qualitäten, die die Falungong-Bewegung seit den frühen 1990er Jahren zur Beschreibung ihres moralischen Wertekanon selbst auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Ein juristisches Nachspiel ergab sich, als die Verurteilten, die gegen das Urteil Berufung einlegen wollten, die Zahlung der Geldstrafen mit der Begründung verweigerten, dass sie die Strafe „aus Prinzip“ nicht akzeptieren könnten. Nachdem die Justizbehörden daraufhin bereits neue Haftbefehle vorbereitet hatten, wurde bekannt, dass eine unbekannte Person aus Hongkong die Bußgelder in voller Höhe beglichen habe. Über die Motive dieser anonymen „Spende“ ist bislang nichts bekannt geworden.

Die Reaktionen auf die Urteilsverkündung fielen erwartungsgemäß sehr unterschiedlich aus. Donald Tsang, Hongkongs *Chief Secretary*, betonte den „absoluten Respekt vor religiöser Freiheit und Praxis“, der in Hongkong unbeeinträchtigt bleibe, und hob hervor, dass das Urteil einzig und allein dem Tatbestand der Ordnungswidrigkeit geschuldet, keineswegs aber religiös begründet sei. Hingegen sahen demokratische Vertreter in dem Urteilsgrund einen bloßen Vorwand, um dem politischen Druck aus Beijing nachzugeben und die Falungong-Aktivitäten in der Sonderverwaltungsregion einzuschränken.

Im Vorfeld des Urteils hatte ein Sprecher der US-amerikanischen Regierung gemahnt, zivile Freiheiten, eine freie Gesellschaft, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit seien „necessary components that make Hong Kong a distinctive international city“. Mit dem erwarteten Urteil stehe dieser internationale Ruf der Stadt auf dem Spiel. Die volksrepublikanische Presse kontierte nach ergangenem Urteil mit der Einschätzung: „[...] Hong Kong has a sound legal system. Any attempt to trample on laws will destroy the social stability in Hong Kong and infringe upon the interests of local citizens.“

Die Diskussion über Rolle und Rechtsstatus der Falungong-Bewegung in der Sonderverwaltungsregion scheint sich zunehmend auf die internationale Ebene zu verlagern. In der Hong-

konger Öffentlichkeit hingegen, die in erster Linie mit den anhaltenden wirtschaftlichen Problemen und einer steigenden Arbeitslosigkeit beschäftigt ist, nimmt die Debatte immer geringeren Raum ein. (SCMP, 13., 14., 20.8.02; ST, 15., 17.8.02; XNA, 16., 17.8.02; IHT, 16.8.02; FT, 16.8.02; NZZ, 16.8.02; FAZ, 16.8.02; Radio Television Hong Kong, Radio 3, 20., 21.8.02, nach BBC PF, 21., 22.8.02; Radio Australia Melbourne, 19.8.02, nach BBC PF, 20.8.02) -hol-

35 Showdown zweier Triaden

Am Nachmittag und Abend des 7. August kam es in Hongkong zu einer öffentlichen Kraftprobe zwischen Mitgliedern zweier Triaden. In einem von Touristen vielbesuchten Einkaufsdistrikt im Stadtteil Tsim Sha Tsui versammelten sich am hellen Tage insgesamt rund 300 Angehörige der Triaden namens „14K“ und „Sun Yee On“.

So weit bekannt wurde, kam es zu dem öffentlichen Showdown der Gruppen im Gefolge eines Streits über die Aufteilung von Gewinnen aus dem Betrieb eines Spielkasinos, die durch Prostitution und die Vergabe von Wucherkrediten an die Kunden des Kasinos eingefahren worden waren.

Ein Aufgebot von mehr als 100 Polizisten benötigte mehrere Stunden, um die Kontrolle über die Situation zu gewinnen. Insgesamt sollen 120 Personen im Alter zwischen 18 und 43 Jahren verhaftet worden sein, darunter eine Frau. Auf die Zahlung von Kautionen hin wurden sie am Folgetag vorerst wieder auf freien Fuß gesetzt; über die weitere justizielle Verfolgung ist nichts bekannt.

Die Bekämpfung der Triadenkriminalität wurde in diesem Jahr neben dem Kampf gegen Gewaltverbrechen und Drogenhandel zum Schwerpunkt der Polizeiarbeit in der Sonderverwaltungsregion ernannt. Zwischen Januar und Juli dieses Jahres sollen mindestens 500 verdächtige Personen festgenommen worden sein. Insgesamt wird die Zahl der Mitglieder in Hongkonger Triaden auf 80.000 bis 200.000 geschätzt.

In Reaktion auf den jüngsten Vorfall haben die Sicherheitsbehörden der Sonderverwaltungsregion einge-

standen, dass die Triadenkriminalität ein ernst zu nehmendes Problem darstelle, das sich zunehmend auch auf das Festland ausweite. Zugleich stritten sie allerdings ab, dass die Aktivitäten dieser Triaden für die Hongkonger Bevölkerung Anlass zur Sorge darstelle, da die Hongkonger Polizei das Problem im Griff habe.

In der chinesischsprachigen Presse Hongkongs soll von dem Vorfall nicht berichtet worden sein – ein Umstand, den ein Artikel der *Straits Times* aus Singapur auf die Furcht der Medien vor möglichen Vergeltungsakten der Triaden zurückführt. (ST, 9.8.02; SCMP, 9.8.02) -hol-

36 Rückzug ausländischer Medienbüros

Immer mehr ausländische Medienrepräsentanzen verlassen Hongkong. Seit 1997 hat sich die Zahl der ausländischen Medienbüros um ein Drittel von 173 auf heute 114 verringert. Die meisten Medien verlegen ihr Büro nach Beijing oder Shanghai. Allein in der ersten Augushälfte gaben die japanische Fuji Television und Kyodo News Agency sowie die *Washington Post* ihr Hongkonger Büro auf. Dieser Abzug ausländischer Medienrepräsentanzen läuft der erklärten Politik der SVR Hongkong zuwider, Hongkong zu einem Medienzentrum der asiatischen Region zu machen. Besorgt über diese Entwicklung äußerten sich Hongkonger Pressekreise und Wissenschaftler; sie forderten die Hongkonger Regierung und die Wirtschaft auf, etwas zu unternehmen, um diesen Trend aufzuhalten.

Die Hauptgründe für die Verlegung der Nachrichtenbüros aufs Festland sind Kostenreduzierung und vor allem die Schwierigkeiten bei der Visumbeschaffung für das Festland. Während die ausländischen Journalisten ohne große Probleme vom Festland nach Hongkong reisen können, ist ein Festlandbesuch für in Hongkong stationierte ausländische Journalisten mit Schwierigkeiten verbunden. Sie müssen jedes Mal erneut ein Visum beantragen. Der Foreign Correspondents' Club hat die Regierung gebeten, sich bei der Zentralregierung für eine Lösung des Problems einzusetzen. Die Hongkonger Regierung hat die Be-

schwerde nach Beijing weitergeleitet; ihr selbst sind die Hände gebunden, da sie nicht autorisiert ist, Visaanträge ausländischer Journalisten zu bewilligen. Sie zeigt zudem Verständnis für die Entwicklung, indem sie darauf verweist, dass nach 1997 die direkte Berichterstattung vom Festland für die ausländischen Medien interessanter geworden sei und Hongkong an Nachrichtenwert eingebüßt habe.

Diese Erklärung lassen viele nicht gelten. Ein Professor der Baptist University glaubt nicht, dass Hongkong seinen Nachrichtenwert verloren habe. Er sieht den Hauptgrund für den Rückzug aus Hongkong vielmehr in der Konkurrenz anderer Regionen. Um im Wettbewerb mit dem Festland bestehen zu können, müsse sich Hongkong mehr öffnen; seine Medien müssten in Bezug auf die VR China tiefer gehende Analysen liefern. Hongkongs Stärke könnte in besseren Analysen liegen, die für ausländische Medien ein Plus bedeuten könnten. (*Wen Wei Po*, Hongkong, 13.8.02, nach FBIS, 30.8.02)

Seit dem Souveränitätswechsel üben sich die Hongkonger Medien zunehmend in Selbstzensur, indem sie sich immer mehr der offiziellen Meinung Beijings anpassen. Kritische und analytische Berichterstattung über das Festland ist selten geworden. Gerade für sie aber wären die Hongkonger Medien aufgrund der vielfältigen Kontakte, die die Hongkonger zum Festland unterhalten, prädestiniert, zumal dort einem kritischen Journalismus enge Grenzen gesetzt sind. -st-

37 Geringeres Bevölkerungswachstum

Die Hongkonger Zensus- und Statistikabteilung gab im August die Bevölkerungszahlen zur Jahresmitte heraus. Danach ist die Bevölkerung Hongkongs von der Jahresmitte 2001 bis zur Jahresmitte 2002 um 0,7% gewachsen. Ein Jahr zuvor war sie noch um 1% gewachsen. Das vorläufige Ergebnis für die Gesamtbevölkerung der SVR Hongkong lautet 6.773.200 Personen. Dies bedeutet gegenüber Mitte 2001 einen Zuwachs von 48.300 Personen. Insgesamt waren in dem Zeitraum 47.100 Geburten und 33.700 Todesfälle zu verzeichnen. Der natürliche

Zuwachs betrug damit 13.400 Personen, das sind 28% des Bevölkerungswachstums. Wie schon seit längerer Zeit zu beobachten, entfällt der größte Anteil des Bevölkerungswachstums auf Zuwanderer. In dem untersuchten Zeitraum wanderten 34.900 Personen ein; sie machen 72% der Bevölkerungszunahme aus. (Vgl. XNA, 16.8.02 u. C.a., 2001/8, Ü 32) Die Mehrzahl der Zuwanderer kommt vom chinesischen Festland. -st-

38 Shanghai-Dialekt gefragt

Neuerdings lernen immer mehr Hongkonger den Shanghai-Dialekt. Der Grund liegt darin, dass viele Hongkonger Bürger angesichts der schlechten Wirtschaftslage in Hongkong die Hoffnung hegen, ihre Jobchancen bei potenziellen gebürtigen Shanghaiern zu verbessern oder mit potenziellen Shanghaiern besser ins Geschäft zu kommen, wenn sie sich mit ihnen im Shanghai-Dialekt unterhalten können. Eine ganze Reihe von Bildungs- und Fortbildungsinstitutionen bietet Sprachkurse an, die zwei bis vier Monate dauern bei ein- bis zweimaligem Unterricht pro Woche. Die Kosten, zwischen 28 und 75 HKD pro Stunde, sind selbst zu tragen. Die Kurse werden in zunehmendem Maße nachgefragt. An der Schule für Fortbildung und Berufsbildung der City University hat sich die Klassengröße von 15-16 Teilnehmern auf jetzt 30 verdoppelt; alle Teilnehmer sind Berufstätige. An der Baptist University wurde in der zweiten Jahreshälfte 2001 der erste Kurs für 30 Teilnehmer eingerichtet. Schon wenige Monate später waren es 150 Teilnehmer und musste auf vier Kurse erweitert werden.

Obwohl in Shanghai wie in allen anderen hanchinesischen Landesteilen von offizieller Seite darauf gedrungen wird, die chinesische Allgemeinsprache Putonghua zu verwenden (z.B. müssen in Shanghai alle Angestellten im öffentlichen Dienst ab 2004 eine Prüfung in Putonghua ablegen), scheinen die Shanghaiern in jüngster Zeit wieder mehr ihre eigene Sprache zu pflegen. Vor wenigen Jahren war dies noch anders; vor dem Souveränitätswechsel in Hongkong bemühten sie sich wegen der vielen Geschäftsleute aus Taiwan um das dort hauptsächlich gesprochene

ne Minnan, nach 1997 wegen viel versprechender Aussichten auf verstärkte Geschäftsbeziehungen mit Hongkong um Kantonesisch. Heute scheinen sie weniger geneigt zu sein, sich sprachlich auf ihre Geschäftspartner einzustellen. (Vgl. ST, 4.8.02) -st-

SVR Macau

39 Wirtschaftsförderungszentrum eröffnet

Am 1. August wurde das Macau Business Promotion Center in Abwesenheit des Sekretärs für Wirtschaft und Finanzen Francis Tam eingeweiht. Das vom Macau Trade and Investment Promotion Institute (MTIPI, eine offizielle Agentur, die zur Verwaltung ausländischer Investitionen bevollmächtigt ist) geleitete Zentrum ist ein Dienstleistungsforum für Unternehmen aus Übersee, die ihre Geschäfte in der SVRM aufnehmen oder ausdehnen wollen. 17 Unternehmen aus Hongkong, Taiwan und den Vereinigten Staaten haben bereits mit der Nutzung des Zentrums begonnen. Investoren werden dort Informationen über Macaus Wirtschaftspolitik und seinen Markt erhalten; Beratung und Dienste zur reibungslosen Abwicklung administrativer Verfahren werden ebenfalls angeboten. Für 80 Firmen können provisorische Büros bereitgestellt werden. Das Zentrum wird für Investoren regelmäßig Handelsaktivitäten und Besichtigungsprogramme fördern wie z.B. Besuche bei lokalen Geschäftsvereinigungen. Andererseits können lokale Unternehmer im Zentrum Kontakte mit Partnern aus Übersee knüpfen. Nach Ansicht von Francis Tam wird durch eine solche Einrichtung Macaus Rolle als regionales Dienstleistungszentrum im Geschäftsbereich weiter zementiert.

In den ersten sieben Monaten diesen Jahres sind ausländische Investitionen von über 1,1 Mrd. MPtc (137,5 Mio. US\$) nach Macau geflossen, 20% mehr als im Jahr zuvor. Die meisten Investitionen erfolgen im Immobiliensektor, Catering und Hotelgewerbe, eine Folge der Liberalisierung der Glücksspielindustrie. Neu zugelassene Offshore-Ge-